

Zusammenarbeit im Bündnis

**Erklärung der Bundesregierung
zu den Ergebnissen der Gespräche in den
Vereinigten Staaten und der
deutsch-französischen Konsultationen**

**Abgegeben von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
vor dem Deutschen Bundestag**

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl gab in der 243. Sitzung des
Deutschen Bundestages am 6. November 1986 zum Thema
„Zusammenarbeit im Bündnis — zu den Ergebnissen der
Gespräche in den Vereinigten Staaten und der
deutsch-französischen Konsultationen“ folgende Erklärung der
Bundesregierung ab:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Meine Gespräche in Washington vom 21. bis 24. Oktober 1986 fanden nach der unmittelbar vorausgegangenen Gipfelbegegnung von Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Reykjavik zu einem für die West-Ost-Beziehungen entscheidenden Zeitpunkt statt.

Ich habe es deshalb sehr begrüßt, daß ich gerade zu diesem Augenblick die Möglichkeit hatte, zu sehr intensiven Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten zusammenzutreffen. Es war dies die siebte Begegnung seit meinem Amtsantritt.

Erneut konnte ich feststellen,

■ daß wir in den Vereinigten Staaten innerhalb und außerhalb der

Administration viele Freunde haben, die unserer Politik großes Verständnis und Sympathie entgegenbringen, und

■ daß die Bundesrepublik Deutschland bei der amerikanischen Regierung über politisches Gewicht und Einfluß verfügt, die es uns ermöglichen, unsere Interessen in bestmöglicher Weise einzubringen und auch immer wieder durchzusetzen.

Zentrales Thema meiner Gespräche und insbesondere meiner Begegnung mit dem amerikanischen Präsidenten war die Bewertung seines Treffens mit Generalsekretär Gorbatschow, da ich als erster der verbündeten europäischen Regierungschefs Gelegenheit hatte, mit Ronald Reagan zusammenzutreffen. Wir haben sowohl in der Analyse als auch über die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen in wichtigen Punkten Einvernehmen erzielt.

Wir sind uns vor allem darüber einig,

■ daß das Treffen auf Island eine bedeutsame Etappe des West-Ost-Dialogs darstellt,

■ daß im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle beachtliche Fortschritte erzielt wurden,

■ daß der Prozeß auf der Grundlage dieser Fortschritte weitergehen wird; die Vereinigten Staaten haben bereits weiterführende Rüstungskontrollvorschläge in Genf eingebracht.

■ Wir waren uns darüber einig, daß beide Seiten, die Vereinigten Staaten wie die Sowjetunion, die Tür zu einem zweiten Gipfel in einer nahen Zukunft, vielleicht im kommenden Jahr, offengehalten haben.

Ich habe dem Präsidenten für seine auch im Namen des Bündnisses unternommenen Bemühungen gedankt. Ich habe ihn bestärkt, diesen Prozeß der politischen Verständigung und des Ausgleichs im Wege sicherheitspolitisch verantwortlicher Rüstungskontrolle fortzusetzen.

Ganz wichtig war dabei, daß dies nicht nur unsere Position, die Position der Bundesrepublik Deutschland, ist, sondern daß alle im Bündnis geschlossen die Vereinigten Staaten von Amerika unterstützen.

Anläßlich der Unterrichtung des NATO-Rates durch Außenminister Shultz am Tage nach dem Treffen von Reykjavik haben ausnahmslos alle Verbündeten die Verhandlungsführung des Präsidenten und die in den Gesprächen erzielte Annäherung mit der Sowjetunion gutgeheißen und unterstützt.

Besonders gedankt habe ich dem amerikanischen Präsidenten dafür — und wir haben das als eine besonders freundliche Geste verstanden —, daß er in seinen Gesprächen mit Generalsekretär Gorbatschow das Schicksal der Juden in der Sowjetunion und das der Deutschen in der Sowjetunion angesprochen hat.

Die wichtigsten Erkenntnisse auf Grund meiner Gespräche mit dem Präsidenten über Stand und Perspektiven des West-Ost-Dialogs möchte ich wie folgt zusammenfassen:

Die Führungen beider Weltmächte haben die ernsthafte Absicht, zu konkreten Vereinbarungen zu kommen. Sie sehen die in Reykjavik erreichte Rüstungskontrollpolitische Annäherung als eine bedeutsame Etappe auf diesem Wege an.

Auch die Führung der Sowjetunion hat das auf Island Erreichte als Fortschritt und als Erfolg gewertet. Die amerikanischen Gesprächspartner vertreten die Auffassung, daß trotz der harten Verhandlungen, die letztlich eine Formalisierung des Erreichten noch nicht erlaubten, die sowjetische Seite die Gespräche erfolgsorientiert geführt hat.

Damit konnte zwischen beiden Weltmächten eine Grundlage geschaffen werden, auf der weitere Fortschritte möglich sind. Die Vorschläge von Reykjavik bleiben also auf dem Tisch.

Es wird eine sorgfältige und zeitraubende Detailarbeit notwendig sein, um die Experten in den Genfer Verhandlungen in den Stand zur Weiterverhandlung zu versetzen und um das Erreichte umzusetzen.

Ich denke, die Chancen dazu sind gegeben, und ich möchte in diesem Zusammenhang den amerikanischen Außenminister George Shultz zitieren, der in den Gesprächen in Washington gesagt hat, daß jetzt möglicherweise eine Wasserscheide erreicht sein könnte, die zu wirklicher Abrüstung führen kann.

Ich fühle mich in meiner Einschätzung bestätigt, daß der amerikanische Präsident — wie er dies ja bereits in seiner SDI-Rede im März 1983 angekündigt hat — zu sehr weitreichenden Reduzierungen der nuklearen Offensivwaffen bereit ist. Sein Ziel ist es, alle offensiven ballistischen Raketen abzuschaffen. Der neueste in Genf vorgelegte amerikanische Vorschlag geht auch konsequent diesen Weg.

Die Vereinigten Staaten sind nicht gewillt, das Forschungsprogramm der amerikanischen strategischen Verteidigungsinitiative in seinem Kern als Gegenstand in die Genfer Abrüstungsgespräche einzuführen, der weiterverhandelt werden könnte. Washington wird, wie die Sowjetunion ihrerseits, das Forschungsprogramm durchführen.

Jüngste Äußerungen selbst maßgeblicher amerikanischer Kritiker von SDI — ich nenne zum Beispiel McNamara — beweisen, daß die USA das Forschungsprogramm als notwendige Garantie und Versicherung gegen einen eventuellen Mißbrauch während des beabsichtigten Abrüstungsprozesses verstanden wissen wollen.

Auch eine von den Demokraten geführte amerikanische Regierung wird an der SDI-Forschung festhalten. Das beweist unter anderem das von der

Demokratischen Partei für die Präsidentschaftswahl 1988 veröffentlichte Dokument zur Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Titel „Neue Weichenstellungen in einem sich verändernden Amerika“. Dort heißt es zum Beispiel — ich zitiere —:

Auch die Sowjetunion führt Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet durch, und amerikanische Forschung ist notwendig, und sei es auch nur als Sicherung gegen einen sowjetischen Durchbruch.

Trotzdem würde ich die Situation nicht als festgefahren betrachten. Flexibilität ist auf beiden Seiten möglich und auch bereits signalisiert. Die amerikanische Bereitschaft zur Kooperation im Bereich der Defensivsysteme bleibt bestehen. Der Präsident ist durch sein Einverständnis in Reykjavik, zehn Jahre am ABM-Vertrag festzuhalten, der anderen Seite ein gutes Stück des Weges entgegengegangen.

Die Sowjetunion hat ihrerseits zu erkennen gegeben, daß sie ihre Interpretation, SDI-Forschung müsse an Labors gebunden bleiben, nicht so verstehe, daß sie zwischen vier Wänden stattfinden müsse. So hat unter anderem der Leiter des sowjetischen Instituts für Weltraumforschung, Sagdejew, davon gesprochen, daß Laborforschung auch Aktivitäten einschließen könne, die im All durchgeführt werden.

Auch der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Batalin, der eine Delegation des Obersten Sowjets in der Bundesrepublik geleitet hat, erklärte, daß die sowjetische Forderung einer Paketlösung nicht ultimatativ zu verstehen sei.

Für uns Europäer kann kein Zweifel darüber bestehen, daß so drastische Verringerungen von Nuklearwaffen innerhalb einer vergleichsweise kurzen Zeitspanne, wie sie jetzt in Reykjavik diskutiert wurden, zu einer beträchtlichen Veränderung des strategischen Verhältnisses zwischen Ost und West führen werden.

Wir müssen davon ausgehen, daß eine solche Entwicklung für die Beziehungen innerhalb des westlichen Bündnisses und für die Bündnisstrategie weitreichende Auswirkungen haben wird. Diese Auswirkungen müssen innerhalb des Bündnisses sorgfältig analysiert und Bündnispositionen dazu entwickelt werden.

Die Europäer dürfen nicht von der historischen Dimension überrascht sein, die sich hier abzeichnet. Wir sollten jetzt auch nicht mutlos werden vor der eigenen Courage und der sich dauernd verändernden Weltlage.

Ich bin überzeugt, daß es unsere Aufgabe ist, als europäische Verbündete unter Wahrung unserer eigenen Interessen diesen Wandel mitzuvollziehen.

Es war nur natürlich, daß ich die Gelegenheit meines Aufenthalts und meiner Gespräche in den USA genutzt habe, um in dieser Situation eindringlich die deutschen und die europäischen Sicherheitsinteressen darzulegen. Ich konnte

mich dabei ausdrücklich auch auf die Unterstützung meiner britischen und französischen Kollegen beziehen.

Die deutsche und die europäische Interessenlage habe ich wie folgt dargelegt:

Erstens: Wir haben erneut unser vorrangiges Interesse an einer Vereinbarung über die nuklearen Mittelstreckenwaffen betont. Die vorgeschlagene Null-Lösung in Europa bei gleichzeitiger Reduzierung auf 100 Sprengköpfe außerhalb Europas ist für die Bundesregierung akzeptabel. Eine Vereinbarung könnte in Kürze erreicht werden, wenn die Sowjetunion ihrerseits bereit wäre, das sachfremde Junktim, das sie erneut in Gestalt einer Paketlösung auf den Tisch gelegt hat, aufzuheben.

Kein Rüstungskontrollbereich darf dort, wo keine zwingenden sachlichen Zusammenhänge bestehen, zur Geisel eines anderen Verhandlungsbereichs gemacht werden. Vielmehr muß jeder selbständige Schritt auf dem Wege zur Abrüstung, wenn er möglich wird, auch gegangen werden.

Eine Politik des Alles oder Nichts verhindert jeden möglichen Fortschritt. Jedes Einzelabkommen kann aber zusätzliches Vertrauen schaffen, ein Vertrauen, das dazu beiträgt, Fortschritte auch in den schwierigen Rüstungskontrollproblemen zu erreichen.

Zweitens: In diesem Zusammenhang habe ich auch unsere Position zu den Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite erläutert. Es geht uns darum, die Entstehung einer neuen Grauzone nicht erfaßter Waffensysteme zu vermeiden. Wir haben den sowjetischen Waffensystemen in diesem Bereich nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen.

Es geht uns um eine konkrete kurzfristige Verpflichtung zur Weiterverhandlung mit dem Ziel, auch diese Waffen zu reduzieren und beiden Seiten das Recht auf gleiche Obergrenzen einzuräumen.

Drittens: Ich habe dargelegt, daß es für die Bundesrepublik Deutschland und für die anderen europäischen Verbündeten in ihrer Friedens- und Rüstungskontrollpolitik darauf ankommt, jede Art von Krieg — nuklear wie konventionell — zu verhindern. Abrüstungsvereinbarungen müssen auch für die Verbündeten mehr Sicherheit und nicht weniger Sicherheit bringen. Auf keinen Fall darf ein konventioneller Krieg in Europa wieder führbar oder wahrscheinlicher werden.

Wir begrüßen die in Reykjavik erreichte Annäherung, in zehn Jahren zu weitreichenden Reduzierungen der offensiven Nuklearwaffen zu gelangen. Es muß aber klar sein, daß bei fortschreitendem Abbau der Nuklearwaffen der Frage des Gleichgewichts bei den konventionellen Waffen wachsende Bedeutung zukommt. Dies ergibt sich aus dem sachlichen Zusammenhang und den hieraus zu ziehenden Schlußfolgerungen.

Ich habe den amerikanischen Präsidenten darauf hingewiesen, daß nunmehr eine einvernehmliche Lösung in der Frage eines geeigneten Forums für

konventionelle Rüstungskontrolle erforderlich ist. Eine Teilnahme Frankreichs und Spaniens an den konventionellen Abrüstungsverhandlungen ist für uns unverzichtbar. Auf der anderen Seite muß den beiden Bündnissen bei wirklichen Abrüstungsverhandlungen natürlich eine aktive Rolle eingeräumt werden.

Hierbei ist uns die konstruktive Rolle, die die europäischen neutralen und ungebundenen Staaten insbesondere bei der KVAE in Stockholm gespielt haben, selbstverständlich bewußt. Die Bundesregierung hat eine entsprechende Kompromißlösung vorgeschlagen.

Viertens: Ich habe erneut auf ein weltweites Verbot chemischer Waffen als wichtiges Anliegen der europäischen Verbündeten gedrängt. Die Probleme im Bereich der Verifikation können auf der Grundlage des von britischer Seite in die Abrüstungskonferenz in Genf eingebrachten und von uns unterstützten Vorschlages gelöst werden.

Fünftens: In der Frage einer Vereinbarung über Teststopp habe ich den amerikanischen Präsidenten auf der Grundlage meiner Vorschläge von Januar und April ermutigt, auf dem von ihm eingeschlagenen Weg einer schrittweisen Lösung fortzufahren. Ich sehe auch hier einen logischen Zusammenhang zwischen den weitreichenden Reduzierungen der Offensivwaffen einerseits und den Chancen für eine Vereinbarung über Teststopp andererseits.

Sechstens: Zum Forschungsprogramm für ein strategisches Verteidigungssystem habe ich bis zu einer neuen Vereinbarung zwischen den beiden Weltmächten unser besonderes Interesse an der Einhaltung des ABM-Vertrages und einer zwischen den Großmächten einvernehmlichen Auslegung bekundet. Ich möchte erneut darauf hinweisen, daß der Abbau von Offensivwaffen logischerweise Auswirkungen auf die Stationierung von Verteidigungssystemen haben muß.

Siebtens: Auf Grund der weitreichenden sich aus den Entwicklungen in Reykjavik und in Genf ergebenden Schlußfolgerungen habe ich mit besonderem Nachdruck auf die Notwendigkeit intensiver Konsultationen im Bündnisrahmen und natürlich auch bilateral hingewiesen.

Die strategischen Erfordernisse, die sich aus dem sich abzeichnenden Prozeß ergeben, müssen sorgfältig analysiert werden.

Bei all dem wird es erneut darauf ankommen, die Geschlossenheit und Solidarität des Bündnisses zu wahren. Die europäischen Verbündeten müssen ihre Interessen definieren und in die Beratung einbringen.

Auf diesem Hintergrund ist auch die in Frankfurt beim deutsch-französischen Gipfeltreffen erzielte Vereinbarung, eine engere Abstimmung zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien in den

anstehenden Fragen von Abrüstung und Sicherheit herbeizuführen, von besonderer Aktualität.

Wir stehen mitten in einer bedeutsamen und, wie ich denke, positiven Phase der West-Ost-Beziehungen.

Noch nie waren sich die beiden Weltmächte in den zentralen Fragen der Rüstungskontrolle so nahe. Nie zuvor lagen derart weitreichende und umfassende Abrüstungsvorschläge auf dem Tisch. Jetzt können bei gutem Willen auf beiden Seiten in den Verhandlungen Vereinbarungen erzielt werden, die die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten wahren.

Diese Entwicklung bestätigt die Politik der Bundesregierung in den vergangenen Jahren, die von Anfang an auf Erhaltung des Friedens und konstruktive Zusammenarbeit ausgerichtet war.

Sie bestätigt meine Aussagen vom Januar und April dieses Jahres, als ich über die weitere Entwicklung des Ost-West-Dialogs gesprochen habe.

Aus meiner Sicht könnten — ganz im Einklang mit den zentralen Anliegen und Interessen der Bundesrepublik Deutschland — in der nächsten Zeit vier Abkommen erreicht werden:

- eine Vereinbarung im Bereich der Mittelstreckenwaffen größerer Reichweiten mit der Verpflichtung, über die Systeme kürzerer Reichweiten weiterzuverhandeln mit dem Ziel, sie zu reduzieren und gleiche Obergrenzen festzulegen;
- eine Vereinbarung, alle strategischen Nuklearwaffen um die Hälfte zu vermindern;
- ein weltweites Verbot chemischer Waffen und
- eine Vereinbarung, daß die Atomtests schrittweise mit dem Abbau der Nuklearwaffen eingeschränkt werden.

Diese Hoffnung und Aussicht auf wichtige Entscheidungen und auf eine friedliche und sichere Welt mit weniger Waffen besteht zu einem Zeitpunkt, zu dem sich in Wien die 35 Teilnehmerstaaten gut vorbereitet zum KSZE-Folgetreffen zusammenfinden. Dieses Treffen wird sich mit allen Bereichen der Zusammenarbeit zwischen West und Ost und natürlich auch mit wichtigen Sicherheitsfragen befassen.

Die Bundesregierung beabsichtigt, in Wien eigene konstruktive Beiträge zu leisten. Diesem Folgetreffen wird eine bedeutsame Rolle zufallen. Es kann — und ich hoffe, es wird — den Impuls, den Reykjavik gegeben hat, verstärken und weitertragen.

Unser Verhältnis und unsere Kontakte zur Sowjetunion und zu den Staaten des Warschauer Pakts sind in diesem Zusammenhang von besonderem Gewicht. Ich habe in meinen Gesprächen in Washington auch immer die

Interessenlage der Sowjetunion und des Warschauer Pakts in meine Erwägungen mit einbezogen.

Ich habe die Ziele unserer Politik, die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und des Westens zu wahren und das Ost-West-Verhältnis durch ein möglichst konstruktives Verhältnis zur Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Pakts zu verbessern, immer in einem Zusammenhang gesehen.

Die Bundesregierung tut dies auch im Bewußtsein der Opfer, die die Völker der Sowjetunion durch den Überfall Hitlers erlitten haben.

Die Bundesregierung hat es in dieser Situation stets als nützlich empfunden, daß sich vor allem in den vergangenen Jahren und Monaten bei all den bestehenden Schwierigkeiten ein positives Arbeitsverhältnis mit der sowjetischen Seite herausgebildet hat. Dies schließt ausdrücklich auch regelmäßige Kontakte und Konsultationen in sicherheits- und rüstungskontrollpolitischen Fragen ein.

Es ist für uns zum besseren Verständnis der sowjetischen Politik wichtig, die Position auch der anderen Seite aus erster Hand erläutert zu bekommen.

Ich weiß, daß auch die sowjetische Führung diesen Dialog positiv einschätzt.

Die Bundesregierung hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie die Bemühungen des Generalsekretärs um eine Verbesserung der West-Ost-Beziehungen ernst nimmt und positiv würdigt.

Zuletzt habe ich selbst im Oktober in meiner Rede auf dem CDU-Parteitag in Mainz erklärt, daß die sowjetische Politik unter der Führung von Generalsekretär Gorbatschow eine „neue Dynamik“ widerspiegele. Ich habe unterstrichen, daß diese sowjetische Politik „Risiken, aber auch Chancen für mehr Verständigung, Zusammenarbeit und vor allem für wichtige Ergebnisse im Bereich von Abrüstung und Rüstungskontrolle“ enthalte.

Ich will noch einmal ausdrücklich Bezug darauf nehmen, was ich zuletzt am Montag dieser Woche in einem Interview in der WELT erläutert habe:

Es liegt mir fern, Generalsekretär Gorbatschow zu nahe zu treten oder gar beleidigen zu wollen.

Das Interview in NEWSWEEK gibt in der entsprechenden Passage Sinn und Inhalt des eineinhalbstündigen Gesprächs nicht korrekt wieder. Dabei ist der falsche Eindruck vermittelt worden, ich hätte Generalsekretär Gorbatschow persönlich mit Goebbels vergleichen wollen. Das war nicht meine Absicht. Ich bedauere es sehr, daß dieser Eindruck entstehen konnte und distanzieren mich mit Entschiedenheit davon.

Mein Wunsch ist, mit dieser Erklärung dazu beizutragen, daß die Beziehungen ungestört weiterentwickelt werden können.

Sicherheit für Europa

Die von mir in Washington vorgetragene Einschätzung der internationalen Lage — insbesondere im Bereich der West-Ost-Beziehungen und in den Fragen von Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle — wird auch von unseren europäischen Partnern weitgehend geteilt.

Dies hat nicht zuletzt der deutsch-französische Gipfel in Frankfurt deutlich gemacht.

Die Gespräche über sicherheitspolitische Fragen haben auf diesem Gipfel einen breiten Raum eingenommen und ein hohes Maß an Übereinstimmung und gegenseitigem Verständnis erbracht.

Deutschland und Frankreich — dies ist ganz ausdrücklich in dem Bericht der Außen- und Verteidigungsminister enthalten, der in Frankfurt gebilligt wurde — gehen von einem gleichen Konzept der Sicherheit in Europa aus.

Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Frankreich, die mit dem Elysee-Vertrag von 1963 begründet wurde, ist durch die gemeinsamen Erklärungen von Staatspräsident Mitterrand und mir vom 28. Februar 1986 auf eine neue und erweiterte Grundlage gestellt worden.

Ich stelle mit Befriedigung fest, daß die sicherheitspolitische Zusammenarbeit in ihrer fast täglichen Praxis zu einem selbstverständlichen und starken Bindeglied zwischen unseren beiden Staaten geworden ist.

Daß Frankreich und Deutschland in der militärischen Struktur des Bündnisses unterschiedliche Positionen einnehmen, ist dabei kein Hindernis. Gemäß den Vereinbarungen vom Februar dieses Jahres entwickeln sich die militärisch-operative Zusammenarbeit sowie die Abstimmung taktischer und strategischer Konzeptionen zu Schwerpunkten unserer sicherheitspolitischen Beziehungen.

Wir werden diese Zusammenarbeit konsequent weiterführen: die französische Beteiligung an der Heeresübung 1987 wird gegenüber 1986 noch wesentlich erweitert. Zugleich wachsen Gemeinsamkeiten in Ausbildung und Übung unserer Streitkräfte. In der phasenweisen gemeinsamen Ausbildung von Stabsoffizieren kommen wir voran.

Ein weiteres wesentliches Element der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Frankreich ist die Rüstungskoooperation. Die 1982 begonnene systematische Erfassung von rund 50 Rüstungsprojekten zeigt das breite Spektrum dieser Kooperation, die gleichzeitig das Fortbestehen einer europäischen Rüstungstechnologie sichert. Wir sind uns daher mit unseren europäischen Freunden einig, nach Möglichkeit auch andere Bündnispartner an einzelnen Vorhaben zu beteiligen.

Die Verteidigungsminister Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland haben in Frankfurt eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit in Forschung

und Technologie unterzeichnet, die der Rüstungskoooperation einen wichtigen Impuls geben und eine langfristige Planung ermöglichen wird.

Die Fortsetzung und Intensivierung der Rüstungszusammenarbeit verbessert die Fähigkeit unserer Streitkräfte zu operativem Zusammenwirken, fördert die notwendige Standardisierung und ist im übrigen nicht zuletzt ein Weg, Haushaltsmittel effizient einzusetzen.

Diese Bundesregierung hat durch einen klaren Kurs in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik das Vertrauen unserer westlichen Freunde wiedergewonnen. Dort hat man auch wenig Verständnis für diejenigen, die andere Wege einer „Sicherheitspartnerschaft“ suchen.

Mit Frankreich verbindet uns heute ein Band gegenseitigen Vertrauens, für das es in der neueren Geschichte kein Beispiel gibt.

Präsident Mitterrand hat bei der Entgegennahme der Ehrenbürgerschaft der Stadt Frankfurt erneut von der deutsch-französischen Schicksalsgemeinschaft gesprochen.

Dieses Wort trifft genau den Kern dessen, was uns bei unserem Bemühen, die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich immer enger zu gestalten, bewegt.

Unser abgestimmtes Vorgehen bewährt sich insbesondere im Bereich der europäischen Politik. Die engen deutsch-französischen Konsultationen waren in den letzten Jahren entscheidende Antriebsmomente bei der Bewältigung der in der Europäischen Gemeinschaft anstehenden Probleme.

Das bedeutet in keiner Weise eine Schmälerung der Verdienste anderer. Aber Tatsache ist: Nur wenn Deutschland und Frankreich zusammenwirken, sind Fortschritte beim Aufbau Europas zu erreichen.

Die Europäische Gemeinschaft wird 1987 erneut vor schwierigen Entscheidungen stehen. Stichworte sind

- der Ausbau des Binnenmarktes,
- die Lösung der Agrar- und Haushaltsprobleme,
- die künftigen GATT-Verhandlungen.

Wir sind in Frankfurt übereingekommen, uns — wie bisher — auf diese Entscheidungen durch enge Konsultationen vorzubereiten.

Ein wichtiges Aktionsfeld der deutsch-französischen Politik im europäischen Rahmen ist die gemeinsame Entwicklung unseres Forschungs- und Technologiepotentials.

Präsident Mitterrand und Premierminister Chirac haben mit großer Befriedigung die Entscheidung der Bundesregierung, sich an dem ESA-Vorbereitungsprogramm für die Raumfähre Hermes zu beteiligen, aufgenommen.

Ich will allerdings noch einmal festhalten, daß eine endgültige Entscheidung über die deutsche Beteiligung am Bau von Hermes erst getroffen werden kann, wenn eine umfassende Programmdefinition und verbindliche Kostenschätzungen vorliegen. Das wird nicht vor Herbst 1987 der Fall sein.

Wir sind uns mit Frankreich auch einig, da die Weltraumprojekte Hermes, Ariane und Columbus in einem Zusammenhang gesehen werden müssen. Deutschland und Frankreich sind auch auf dem Gebiet von Forschung und Technologie Schrittmacher einer europäischen Entwicklung.

Unsere Zusammenarbeit umfaßt daher nicht nur eine Reihe bilateraler Großprojekte, sondern auch eine sehr enge deutsch-französische Abstimmung bei multilateralen Aktivitäten.

Allein in den letzten vier Jahren wurden Vorhaben, die entweder von Deutschland und Frankreich gemeinsam getragen werden oder zu denen beide Länder die entscheidenden Leistungen erbringen, in einer Größenordnung von über vier Milliarden DM vereinbart. Darin sind wehrtechnische Projekte nicht eingeschlossen.

Wir haben in Frankfurt auch über Umweltfragen gesprochen. Die französische Seite hat uns noch einmal die klare und verbindliche Zusage gegeben, daß die tatsächlichen radioaktiven Ableitungen des Kernkraftwerkes Cattenom in die Mosel einen Wert von viermal 3 Curie pro Jahr nicht überschreiten werden. Frankreich ist bereit, alle relevanten Informationen unverzüglich der Bundesregierung zu übermitteln, die sie dann selbstverständlich an die Landesregierung weiterleiten wird.

Es gibt für die Bundesregierung keinen Grund, an diesen Zusagen zu zweifeln.

Im übrigen will ich bei dieser Gelegenheit diejenigen, die hierzulande diese Diskussion aus sehr durchsichtigen Gründen in Gang halten, daran erinnern, daß zehn Jahre lang — also lange vor Antritt dieser Bundesregierung — Planungen und Baumaßnahmen für Cattenom zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich einvernehmlich besprochen wurden.

Der Schwerpunkt des Frankfurter Gipfels lag auf der kulturellen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich.

Ohne das Bemühen, den anderen in seiner Kultur und Geschichte zu verstehen, müßte das deutsch-französische Verhältnis oberflächlich bleiben.

Ich halte allerdings im Zusammenhang mit der öffentlichen Diskussion zwei Klarstellungen für angebracht:

■ Regierungen können nur geeignete Rahmenbedingungen schaffen, um die Initiativen der Bürger und all derer zu ermutigen und zu unterstützen, die im kulturellen Leben beider Länder eine aktive Rolle spielen.

■ Für die Bundesrepublik Deutschland kommt hinzu, daß den

Bundesländern auf Grund ihrer verfassungsrechtlichen Stellung eine ganz wesentliche Aufgabe bei der Durchführung des Kulturaustauschs mit anderen Staaten zufällt.

Wenn hier und da vorgebracht wurde, die in Frankfurt verabschiedete Kulturerklärung gehe in der Substanz nicht weit genug, so darf ich doch daran erinnern, daß die Bundesregierung bei den meisten der in dieser Erklärung behandelten Fragen nur so weit gehen konnte, wie dies die Gemeinschaft der Bundesländer bereit ist mitzutragen.

Dies ist keinerlei Kritik. Ich möchte allerdings die Gelegenheit nutzen, an die Bundesländer zu appellieren, bei der weiteren Umsetzung der in Frankfurt vorgeschlagenen Maßnahmen und der Durchführung der dort verabschiedeten Prüfungsaufträge entschieden und tatkräftig mitzuwirken.

Es war — vor allem im Rückblick auf die Kulturerklärung von 1981 — ein wichtiger Fortschritt, da es uns diesmal gelungen ist, eine Erklärung mit konkreten Maßnahmen zu verabschieden, die Ihnen im Wortlaut vorliegt.

Ziel bleibt ein breiter geistiger und kultureller Dialog zwischen Franzosen und Deutschen. Ein solcher Dialog ist unerlässlich, wenn das deutsch-französische Verhältnis langfristig tragfähig gestaltet werden soll. Es genügt nicht, sich bei der Verflechtung unserer Beziehungen nur auf wirtschaftliche oder politische Sachzwänge zu verlassen.

Wir alle müssen Sorge dafür tragen, daß zwischen Franzosen und Deutschen die Übereinstimmung über die Grundfragen der Zukunft erhalten bleibt und sich beide Völker — insbesondere auch die jüngere Generation — in ihrem Denken weiter aufeinander zubewegen.

Wir müssen deshalb mehr noch als bisher auch die Zusammenarbeit bei der Sprachausbildung in den Schulen und zwischen den Universitäten verstärken.

Die enge deutsch-französische Zusammenarbeit ist ein entscheidender Eckpfeiler unserer Außenpolitik. Sie ist zugleich von größter Bedeutung für den Fortgang der europäischen Integration.

Die Zeit grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über den richtigen Weg zur europäischen Integration ist glücklicherweise vorüber.

Heute besteht zwischen unseren beiden Ländern eine klare Übereinstimmung darüber, daß Frieden und Freiheit nur durch ein geeintes Europa und ein starkes Bündnis gesichert werden können. Dies ist ein großartiges Signal der Hoffnung für die Zukunft.